



## **Brandanschläge, Blockaden, Bedrohungen – Wenn der Protest gegen Politiker eskaliert**

Bericht: Inga Klees, Knud Vetten

Kamera: Lars Langer, Frank Schunicht, Finn Wittig

Schnitt: Johannes Ramson

Schnepfenthal in Thüringen. In der Nacht zum 19. Februar kommt es hier zu einem Brandanschlag auf das Haus eines SPD-Lokalpolitikers. Unbekannte zünden ein Auto an und legen Feuer vor der Eingangstür von Michael Müller:

### **Michael Müller, SPD, Stellvertretender Vorsitzender Landesparteirat**

**“Also, es brannte auch Licht, und es war offensichtlich bewohnt, und jemand zündet den Ausgang an und versucht, das Auto in Brand zu setzen. Also, das Benzin im Tank. Aus meiner Sicht, auch wenn das für mich schlimm klingt, also gerade hier in meinem Haus, wollte da jemand töten.”**

Michael Müller selbst war in der Brandnacht nicht im Haus. Er hatte es an eine vierköpfige Familie mit einem kleinen Baby vermietet. Die Haustür brennt, dieser Ausgang ist versperrt. Die Gäste entkommen in letzter Minute durch die Kellertür. So haben sie es Michael Müller erzählt:

### **Michael Müller, SPD, Stellvertretender Vorsitzender Landesparteirat**

**“Sie haben hier oben geschlafen und mussten natürlich herunter, haben dann gesehen, dass das Feuer hier ist. Und wenn es sich weiter ausbreitet - hier im mittleren Bereich des Hauses - dann ist natürlich auch der Fluchtweg versperrt. Und ich denke, dass die Täter das beabsichtigt haben.”**

Denn Michael Müller vermutet, dass der Brandanschlag ihm gegolten hat. Er ist seit 2011 in der SPD und engagiert sich auch gegen Rechtsextremismus in der Öffentlichkeit. So hat er einen Demonstrationsaufruf für Anfang Februar im benachbarten Waltershausen mitunterzeichnet:

### **Michael Müller, SPD, Stellvertretender Vorsitzender Landesparteirat**

**“Wir dulden hier keine Diskriminierung oder Hass. Also seid mutig und traut euch nach vorne und lasst uns beginnen.”**

Ob der Brandanschlag gegen SPD-Lokalpolitiker Müller tatsächlich politisch motiviert war, ist derzeit noch unklar.



**Michael Müller, SPD, Stellvertretender Vorsitzender Landesparteierrat**

**“Das weiß ich nicht, und ich möchte mich eigentlich gar nicht an solchen Spekulationen beteiligen. Ich bin mir sicher, dass es zumindest mit der vergifteten Stimmung, die wir momentan haben, in unserer Gesellschaft zu tun hat, dass sich einfach Menschen, vielleicht motiviert fühlen, so etwas also eher zu tun, dass es ist die Hemmschwelle senkt. Menschen, die sich eben engagieren oder die in der Öffentlichkeit stehen, so etwas anzutun, das glaube ich schon, dass es damit zusammenhängt.”**

In dem Fall ermittelt inzwischen eine sechzehnköpfige Sonderkommission in alle Richtungen. Tatvorwurf der Staatsanwaltschaft: Schwere Brandstiftung und versuchter Mord.

Brandanschläge auf Politiker sind eine extreme Form eines wachsenden Problems, warnt Lotta Rahlf vom Leibniz Institut. Die Expertin in der Forschungsgruppe Radikalisierung beobachtet eine Zunahme von Gewalt gegen politische Amtsträger – auf allen Ebenen.

**Lotta Rahlf, Leibniz-Institut Frankfurt am Main**

**“Dass es einen Anstieg an Angriffen gegen politische Amtsträgerinnen gibt, dass zeigt sowohl die Polizeiliche Kriminalstatistik vom BKA beispielsweise als auch zahlreiche Studien. Und die Heinrich Böll-Stiftung spricht auch von mehreren Wellen solcher Gewalt. Die natürlich auch verschiedene Formen annehmen kann von Hasskommentaren im Netz bis zu tätlicher Gewalt und sehr starken Übergriffen. Bis Anschlägen ist da alles möglich.”**

So sind Repräsentanten bzw. Mitglieder aller im Bundestag vertretenen Parteien von Angriffen betroffen: Nach vorläufigen Zahlen gab es von 2019 bis 2023 10.537 politisch motivierte Straftaten. Das reicht von Beleidigungen bis zu Gewaltdelikten. In einer Umfrage eines Fachmagazins berichten 72 Prozent der Bürgermeister von Gewalt, fast jeder zweite Kommunalpolitiker sagt, er sei auch betroffen,

Extreme Gewalt ist dabei kein neues Phänomen. Berlin – südliches Neukölln. Die Folgen eines Brandanschlages wollen wir mit Ferat Kocak besprechen. Der Politiker der Linken will den genauen Tatort nicht mehr im Fernsehen zeigen, auf seinen Wunsch treffen wir uns in der Nähe. Die Nachrichten aus Thüringen wühlen ihn und seine Familie auf. Denn sie überlebten 2018 nur knapp eine Brandstiftung.

**Ferat Kocak, Die Linke/Berliner Abgeordnetenhaus**

**„Ich bin aufgewacht, weil es irgendwie knistert hat. Es war ein bisschen laut. Ich bin dann zum Fenster gelaufen und das Feuer sprang mir schon entgegen. Ich bin dann sofort losgerannt und habe meine Eltern aus dem Schlaf geschrien. Und dann sind wir raus und**

**Hinweis:** Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für den privaten Gebrauch des Empfängers verwendet werden. Jede Verwertung ohne Zustimmung des Urheberberechtigten ist unzulässig.



**haben uns retten können. Und als die Feuerwehr dann kam, hat sie uns mitgeteilt fünf Minuten später, und wir werden nicht lebend aus diesem Haus rausgekommen.“**

Der Fall Kocak wird zu einer rechtsextremen Serie mit mutmaßlich 70 Anschlägen und Straftaten in Neukölln seit 2009 gezählt. Die Stadt Berlin hat deswegen einen Untersuchungsausschuss eingerichtet. Stoff für einen Polit-Krimi. Abhörmaßnahmen des Verfassungsschutzes dokumentierten, dass Ferat Kocak vor dem Anschlag über Monate von Rechtsextremisten ausgespäht wurde.

**Ferat Kocak, Die Linke/Berliner Abgeordnetenhaus**

**„Dem Verfassungsschutz lagen die Informationen vor, die belegen, dass ich monatelang von Nazis beobachtet und verfolgt wurde und zwei Wochen vor dem Anschlag sie herausgefunden hatten, wo ich wohne. Und ich wurde nicht gewarnt. Und. Meine Eltern und ich hätten sterben können, weil die Behörden ihre Arbeit nicht gemacht haben.“**

Inzwischen räumen Ermittler im Fall Ferat Kocak auch für die Zeit nach 2018 erhebliche Fehler ein. Der Untersuchungsausschuss soll unter anderem klären, inwieweit Behördenversagen vorliegt. Erst vier Jahre nach dem Anschlag beginnt der Gerichtsprozess. Die Hauptverdächtigen – ein früherer AfD-Funktionär und ein ehemaliges NPD-Mitglied - werden freigesprochen. Die Generalstaatsanwaltschaft legt Berufung ein. Das Verfahren kann noch Jahre dauern.

**Ferat Kocak, Die Linke/Berliner Abgeordnetenhaus**

**„Dass der Gerichtsprozess und auch dieser Untersuchungsausschuss weiterläuft, ist erst mal natürlich hervorragend. Es wird weiter darum gekämpft, jetzt, nach sechs Jahren, dass es endlich eine klare Aufklärung gibt. Aber es sind sechs Jahre. Wie lange sollen wir warten? Wie lange müssen wir noch mit dieser Angst leben?“**

**Reporter: „Wie empfinden Sie das?“**

**„Belastend, sehr belastend und für mich vor allem sehr belastend, weil ich mich einerseits nicht einschüchtern lassen werde, aber andererseits Angst habe um meine Eltern und meine Familie.“**

Einer der beiden Hauptbeschuldigten wohnt in der Nähe der Eltern.

Zurück nach Schnepfenthal. Michael Müller will sich auch weiter gesellschaftlich und politisch engagieren. Doch räumt er gleichzeitig ein, dass ihn der Brandanschlag verunsichert hat. Auch Parteifreunde kämen ins Grübeln.



**Michael Müller, SPD, Stellvertretender Vorsitzender Landesparteirat**

**“Wir haben eh´ Probleme Leute zu finden, die sich politisch engagieren, gerade in der kommunalen Ebene. Das ist aber so wichtig für unsere Demokratie einfach, dass Menschen da sind. Eigentlich müssten sich ja mehr Menschen engagieren. Aber durch solche Taten - schüchtert das eher ein und es nicht zu tun.”**